

Entschließungsantrag an das 15. Studierendenparlament

Einreicherin: DIE LINKE.HU

Bildung ist keine Ware – Gegen die Ökonomisierung von Bildung durch die G8

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin stellt fest:

1. Das Studierendenparlament erklärt sich mit den Anti-G8-Protesten für Heiligendamm solidarisch und ruft alle Studierenden auf, sich an den Protesten und am parallel stattfindenden Gegengipfel und den dortigen Veranstaltungen zum Thema „Bildung und G8“ zu beteiligen. Für freie Bildung. Gegen die weitere Ökonomisierung und Privatisierung von Bildung.
2. Seit Jahren wird der Bildungsbegriff in den westlichen Industriestaaten ökonomisiert. Bildung sei kein Menschenrecht, sondern eine Ware, die von Dienstleistern angeboten und von Kundinnen konsumiert werden kann. Zugleich wird Bildung immer öfter als humankapitalistisches Attribut reduziert, das wichtigster Rohstoff im Zeitalter der so genannten Wissensgesellschaften sei. Wenn Bildung eine Ware sei, müsse sie auch der kapitalistischen Marktlogik unterworfen sein. Die Folge: Bildungsinhalte werden zunehmend von Abnahmeinteressentinnen des dort ausgebildeten Humankapitals bestimmt. Bildungseinrichtungen müssen nicht länger in staatlicher Verantwortung stehen. Dienstleistungen werden schließlich in der Regel von Privaten angeboten.
3. Diese Entwicklung wird bewusst befördert von international agierenden Konzernen, Lobbyisten und auch intransparenten zwischenstaatlichen Einrichtungen, die versuchen vom weltweiten Bildungsmarkt, der auf ca. 2 Billionen US-Dollar geschätzt wird, zu profitieren. Im Rahmen der WTO wird durch das GATS versucht, Bildung als Dienstleistung auszuweisen. Es bleibt abzuwarten, wie lange die EU ihren Widerstand dagegen aufrechterhalten kann. Gleichzeitig spricht die EU mit gespaltener Zunge. Nach innen gerichtet hat sie mit der Lissabon-Strategie und dem Bologna-Prozess bereits vor Jahren die zentralen Weichen für einen neoliberalen Umbau der Bildungssysteme gestellt.
4. Dieser Prozess wird auch durch den Zusammenschluss der sieben mächtigsten Wirtschaftsstaaten und Russland (G8) gewollt und unterstützt. Tatsächlich sind es diese Staaten die an anderer Wirkungsstätte diese Ziele durchsetzen. Diese acht Staaten bzw. deren Regierungschefs (und nur eine Regierungschefin) sind ins kleinste Maß legitimiert und können so auch nicht im Interesse der Menschheit sprechen.
5. Bei den Gipfeltreffen der G8 werden ferner gemeinsame Initiativen für die Weltbank koordiniert und abgestimmt. Auch das hat bildungspolitische Auswirkungen. Die Kreditvergabe der Weltbank wird beispielsweise an die Bedingung geknüpft, dass die Entwicklungsländer eine "nationale Armutsbekämpfungsstrategie" vorlegen. Anerkannt wird solch eine Strategie

von den G8 nur, wenn sie der Logik der herrschenden neoliberalen Wirtschaftspolitik folgt. Insbesondere wird gefordert, Einsparungen an den öffentlichen Ausgaben vorzunehmen. Weniger Geld in den öffentlichen Kassen heißt dann aber auch weniger Geld für Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Ungleichheit verschärft sich.

6. Die Bundesregierung unterstützt die, in Sankt-Petersburg geforderte „Intensivierung der Zusammenarbeit öffentlicher und privater Bildungsinitiativen“. Damit forciert die Bundesregierung eine schleichende Aushöhlung der öffentlichen Verantwortung. Auf diesem Weg drohen Einschränkungen beim Zugang sowie massive Qualitätsverluste. Lehrende und Lernende sind von den Auswirkungen gleichermaßen betroffen.
7. Für das Studierendenparlament der HU ist Bildung keine Ware sondern ein Menschenrecht. Es muss allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrem sozialen und ökonomischen Hintergrund und unabhängig von Behinderungen zugänglich sein.
8. Wir kritisieren jegliche Prozesse von Bildungsprivatisierung und alle Versuche selbst bestimmtes und kritisches Lernen, Lehren und Forschen an den Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen abzuschaffen.

Begründung erfolgt mündlich.